

"Gegen neue Nazis und neue Kriegstreiber!"

Rede von Joachim Schramm 14.9.2014, Bochum

Dieses Gedenken heute findet in einem Jahr der wichtigen Jahrestage statt. Vor 100 Jahren begann im August der I. Weltkrieg, in diesem Jahr jährte sich aber am 1. September auch zum 75. Mal der Beginn des II. Weltkriegs. Beide Daten werden verbunden durch die Spur des deutschen Militarismus, der nach dem I. Weltkrieg eifrig die Nazis unterstützte bei ihrem Plan, die Welt in den nächsten Krieg zu stürzen. Nicht durch Zufall war es einer der führenden Militaristen, Generalfeldmarschall Hindenburg, der Hitler 1933 den Weg an die Macht geebnet. Wenige Jahre später überzog die deutsche Armee Europa mit Tod und Zerstörung, sie machte den Weg frei für die Errichtung der Vernichtungslager, in denen Millionen Juden aber auch politisch Verfolgte ermordet wurden.

Wir gedenken hier heute der Opfer des Faschismus und der Opfer des Krieges und speziell der 8 Bochumer Widerstandskämpfer, die hier bestattet sind.

Was wurden für Konsequenzen gezogen aus den beiden großen Kriegen, an die wir uns in diesem Jahr erinnern? Nach den Schrecken des I. Weltkriegs gingen in Deutschland in den 20er Jahren jährlich Hunderttausende zu großen Demonstrationen auf die Straße und forderten "'Nie wieder Krieg". Und auch nach dem II. Weltkrieg unterstützte eine Mehrheit in Deutschland die Losung "Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus." Bei der verbotenen Volksabstimmung gegen die Remilitarisierung der BRD Anfang der 50er Jahre stimmt eine klare Mehrheit gegen die Bundeswehr. Und auch international unternahm weitsichtige Politiker mit der Errichtung der UNO den Versuch, ein System der Zusammenarbeit zur Verhütung des Krieges zu errichten. Zum ersten Mal wurde mit der UNO-Charta der Krieg als zuvor legitimes Instrument eines Staates nun verboten.

Doch der beginnende Kalte Krieg unterbrach diese Entwicklung und stürzte die Menschheit in ein jahrzehntelanges Ringen am Rande des atomaren Abgrunds. Nach dessen Ende Anfang der 90er Jahre löste sich das östliche Militärbündnis auf, das westliche, die NATO stieg aber zum übermächtigen Zusammenschluss der Industriestaaten auf. Es wurde die Chance vertan, der UNO als neutrale Instanz zu neuer Stärke zu verhelfen und es wurde versäumt, in Europa ein gemeinsames System gegenseitiger Sicherheit unter Einschluss Russlands zu installieren.

Stattdessen dehnte sich entgegen früherer Absprachen die NATO immer weiter in Richtung russischer Grenze aus. Vor diesem Hintergrund ist auch der Ukraine-Konflikt zu sehen, der sich zu einem Machtkampf zwischen NATO und Russland ausgeweitet hat. Die Kämpfe in der Ostukraine, Truppenaufmärsche, Sanktionen und andere Drohgebärden auf beiden Seiten verursachten bei vielen Menschen in Europa die Furcht vor einem neuen innereuropäischen Krieg, 100 Jahre nach Beginn des I. Weltkriegs.

Wir sagen heute deutlich: Ein friedliches, sichereres Miteinander in Europa ist nur mit, nicht gegen Russland möglich. Diese Erkenntnis ist wiederholt von Politikern geäußert worden, die ihre Erfahrungen in der Phase der Entspannungspolitik der 70er Jahre gemacht haben. Die Erinnerung an 1914 und an 1939 führt uns zu der Einsicht, dass nicht waffenstarrende Militärbündnisse den Frieden sichern, sondern Friedensbündnisse unter Einschluss möglicher Gegner. Eine weitere Osterweiterung der NATO muss gestoppt werden, aber, auch das muss deutlich gesagt werden, bestehende Grenzen in Europa müssen respektiert werden. Das "Gemeinsame Haus Europa", ein europäische Friedensordnung vom Atlantik bis zum Ural, diese bereits 1990 diskutierte Idee muss endlich Wirklichkeit werden.

Doch unsere Regierung gehört nicht zu denen, die Konsequenzen aus den zwei von Deutschland angezettelten Kriegen ziehen wollen, nicht im Ukraine-Konflikt und auch nicht im Krieg im Irak. 2012 hat Kanzlerin Merkel zum ersten Mal davon gesprochen, dass Deutschland statt Soldaten vermehrt Waffen in Kriegsgebiete liefern wolle, um so der Regierung genehme Kriegsparteien zu unterstützen. Jetzt ist diese Vorhaben Wirklichkeit geworden, Deutschland liefert Waffen in die Kriegsregion Irak. Diese Entscheidung trägt zur weiteren Gewalteskalation in diesem Pulverfass bei, ermöglicht durch den Einsatz deutscher Waffen auf Jahrzehnte hinaus im Nahen und Mittleren Osten weitere Menschenrechtsverletzungen – und sie ist grundgesetz- und völkerrechtswidrig! Artikel 26 des

Grundgesetzes verpflichtet Deutschland, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Gemäß den beiden Ausführungsgesetzen des Rüstungsexports, dem Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG) und dem Außenwirtschaftsgesetz (AWG), kommen Waffenexporte nicht in Betracht, wenn die innere Lage des betreffenden Landes dem entgegensteht, so bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen. Vor diesem Hintergrund hat meine Organisation, die DFG-VK in diesen Tagen einen Aufruf gegen diese Waffenlieferungen gestartet. Darin heißt es:

"Im Wissen um die drohenden weiteren Menschenrechtsverletzungen mit deutschen Waffen und in Erkenntnis der Völkerrechtswidrigkeit der Lieferung von Kriegswaffen in den Irak fordern wir:
- von der Bundesregierung die Rücknahme der Lieferentscheidung deutscher Kriegswaffen in den Irak,
- von allen an der Ausfuhr Beteiligten in der Politik, bei der Bundeswehr, beim Zoll und denen in der Abfertigung die aktive Behinderung sowie Verhinderung der Waffenausfuhren in den Irak. "

In unserer Presseerklärung dazu heißt es: „Wenn Regierungen jetzt wieder Krieg anstelle von Politik zur Lösung von Konflikten anwenden, muss der Transport der Waffen dafür be- und verhindert werden. Möglichkeiten dazu sind für Personen die mit der Ausfuhr betrauten sind u.a. Dienst nach Vorschrift und die Nichtzusammenarbeit, das Liegenlassen der Antragsunterlagen, die Bearbeitung anderer wichtiger Unterlagen, die Krankmeldung und /oder die Begründung von Gewissensgründen. Auch Demonstrationen und Blockaden sind möglich. - Weil der Krieg hier bei uns beginnt, müssen wir ihn hier stoppen!“ Jeder ist aufgerufen zu prüfen, was er in seiner Position dazu beitragen kann. So wie wir früher zur Verweigerung des Dienstes in der Armee aufgerufen haben, rufen wir nun auf, die Beteiligung am Export der Waffen in den Irak zu verweigern!

Dieser Aufruf kann im Internet unter www.dfg-vk.de unterzeichnet werden.

Die an diesem Wochenende bekannt gewordenen Überlegungen der Bundesregierung um einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Irak gilt es noch entschiedener zurückzuweisen! Was schon für die Waffenlieferung gilt, würde für einen weitergehenden Einsatz erst recht gelten: Es gibt keine völkerrechtliche Grundlage für einen solchen Einsatz, die allein zuständige UN hat sich mit diesem Konflikt überhaupt noch nicht umfassend beschäftigt. Statt die Kämpfe im Irak weiter auszudehnen, muss der angreifenden IS die Unterstützung entzogen werden, die aus Saudi-Arabien, aus Katar, aus der Türkei. Und wenn berichtet wird, die IS finanziere sich aus Ölverkäufen, gilt es zu fragen: Wer kauft denn von dieser Gruppe Öl und wann wird das endlich beendet? Im Bezug auf Russland ist man mit Sanktionen schnell bei der Hand gewesen, was aber ist mit den Finanziers der IS?

Krieg beginnt hier und wir alle sind gefordert, ihn zu be- und verhindern. Er beginnt nicht nur mit der Lieferung von Waffen sondern nach wie vor wird die Bundeswehr zur Armee im Einsatz umgebaut. Dazu gehört ganz wichtig die Rekrutierung von neuen Soldaten. Häufig wird auf die Begeisterung verwiesen, mit der die jungen Männer in den I. Weltkrieg zogen. Sie waren überzeugt, für eine gute Sache zu streiten, das Vaterland oder ihre Familien zu verteidigen. Der Liedermacher Hannes Wader hat schon in den 80er Jahren in seinem Lied "Es ist an der Zeit" die passenden Worte zu dieser Begeisterung gefunden, wenn er im Angesicht des namenlosen Grabkreuzes in Frankreich singt: "Und auch Dich haben sie schon genauso belogen, so wie sie es mit uns heute immer noch tun" Ja, sie tun es heute immer noch. Mittwoch und Donnerstag dieser Woche waren Bundeswehroffiziere hier in Bochum im Ruhrcongress, um Kindern und Jugendlichen den Dienst in der Armee schmackhaft zu machen. Sie werden gelockt mit dem Versprechen eines angeblich sicheren Jobs oder eines bezahlten Studiums. Dass man den Job mit der Bereitschaft bezahlt, im Kriegseinsatz andere Menschen zu töten oder selbst getötet zu werden, dass kommt in den Werbeblättern der Armee wenn nur ganz am Rande vor. In den Werbebroschüren sehen selbst die Bilder von Kriegseinsätzen eher so aus, als zeigten sie Szenen aus einem Abenteuercamp.

Mit dieser Art von Werbung zielt die Bundeswehr auf die Altersgruppen, die dafür empfänglich sind. Anfang dieses Jahres gab die Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken zu, dass allein 2012 die Armee 1.216 freiwillig Wehrdienstleistende und Zeitsoldaten unter 18 Jahren eingestellt habe. Allein im Juni 2013 habe es 48 Bewerber im Alter von sogar 16 Jahren gegeben, die bereits an einer Tauglichkeitsuntersuchung teilgenommen hätten, berichteten Zeitungen. Von Unrechtsbewusstsein ist

bei der Regierung keine Spur, obwohl sie 2004 das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ratifizierte hat, dass die Rekrutierung von Minderjährigen verhindern soll.

Die Werbeoffensive der Armee insgesamt hat breite Proteste hervorgerufen. Jugendverbände, Schülervertretungen, die Gewerkschaft GEW und viele Organisationen der Friedens- und antimilitaristischen Bewegung haben sich gegen die Bundeswehr an den Schulen ausgesprochen. Mit phantasievollen Aktionen stellen sich Aktivisten immer wieder der Bundeswehr in den Weg, wenn sie mit ihren Info-Trucks und smarten Karriereberatern vor den Schulen oder auf speziellen Berufsbildungsmessen auftauchen. Und diese Proteste und auch die Tatsache, dass eine öffentlich Diskussion um die Ziele dieser Werbemaßnahmen entstanden ist, hat Politiker und Militärs nervös gemacht. Medienkampagnen, in den die Armee und die Soldaten als bemitleidenswerte Aussätzige in einer pazifistischen Gesellschaft dargestellt wurden, sollten Stimmung machen. "Warum verachtet ihr uns Soldaten so?", titelte die "Zeit" dramatisch vor einem Jahr. Und die Große Koalition meinte nicht darum herumzukommen, im Koalitionsvertrag erstmalig festzuhalten " Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich."

Ich stelle fest: Der Widerstand gegen die versuchte Militarisierung der Gesellschaft, gegen die Einflussnahme der Armee auf unsere Schulen, dieser Widerstand trifft die militärbegeisterte Politiker und die Bundeswehrgeneräle. Denn sonst wären solche Stellungnahmen nicht notwendig. Und wir können ihnen versprechen: Wir machen weiter! Wir werden weiter gegen die Bundeswehr auf Berufsbildungsmessen protestieren wie hier im Bochum gegen die jährliche Messe im Ruhrcongress. Und bei diesen Protesten wissen wir viele Menschen an unserer Seite. Bei einer online-Umfrage der WAZ am Freitag stimmten 79% der Teilnehmer der Aussage zu, die Bundeswehr habe bei der Messe im Ruhrcongress nichts zu suchen!

Auch werden wir die SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern unterstützen, die von ihren schulischen Rechten Gebrauch machen und Nein zu Bundeswehrbesuchen sagen. „Unsere Schule fördert auf Grund ihrer Leitsätze und ihres Leitbildes die Entwicklung einer Friedensgesinnung der Schülerinnen und Schüler. Deshalb lehnt die Schule die Zusammenarbeit mit und Besuche von der Bundeswehr ab." So beschloss es im letzten Jahr eine von insgesamt drei Schulen in Solingen und Anfang diesen Jahres hat hier in Bochum die Willy-Brandt-Gesamtschule einen ähnlichen Beschluss gefasst. Wir rufen alle Schulen in Bochum und ganz NRW auf, diesem Beispiel zu folgen!

Wenn wir heute der Opfer von Krieg und Faschismus gedenken, dann übernehmen wir aus diesem Gedenken heraus auch eine Verantwortung. Die Verantwortung, uns heute den neuen Nazis entgegen zu stellen, die wieder mit Gewalt gegen Andersdenkende und anders Aussehende vorgehen und dabei vor Mord nicht zurückschrecken. Aber auch die Verantwortung, uns gegen die neuen Herren des Krieges zu stellen, gegen die, die meinen, uns mit den hehren Worten vom Schutz der Menschenrechte und von der Schutzverantwortung dazu bringen zu können, ja zu neuen Kriegen zu sagen, hinzunehmen, dass neue Generationen ihr Leben auf den Schlachtfeldern lassen oder irgendwo weit weg mit deutschen Waffen Männer, Frauen und Kinder getötet werden. Lasst uns gemeinsam dieser Verantwortung gerecht werden. Lasst uns deutlich machen, dass sich diese Herrschaften geirrt haben, lasst uns gemeinsam streiten gegen Neo-Nazis und neue Kriegstreiber. Eine Gelegenheit wird im nächsten Jahr der 8. Mai sein, der 70. Jahrestag der Befreiung von Faschismus und Krieg. Diesen Tag sollten wir gemeinsam in diesem Sinne nutzen.